

## **Wir wollen, daß die Bevölkerung in Südkurdistan durch ein Referendum ihr Schicksal selbst bestimmt !**

**Wir, die unterzeichner\*, fordern die provisorische Zivilverwaltung der Koalition im Irak (CPA), UNO und EU dazu auf, ein umfassendes Referendum in allen Gebieten durchzuführen, die heute als Irakisch-Kurdistan bezeichnet werden.**

**Die Absicht dieses Referendum soll die Klärung der Situation und der Selbstbestimmung der Bevölkerung sein.**

**Wir beziehen uns in unserer Forderung auf folgende Fakten und Dokumente:**

- 1. Die Einverleibung der mehrheitlich von Kurden besiedelten Provinz ( Wilajet Mosul/ Südkurdistan ) an den damals neu gegründeten irakischen Staat erfolgte gemäß dem Beschluß des Völkerbundes, Nr. 16 aus dem Jahr 1925, ohne die Befragung der Bevölkerung und ohne Rücksicht auf die ethnische Zusammensetzung dieser Provinz.**

**Dies geschah damals mehr wegen staatlicher Interessen und nicht basierend auf rechtlicher Grundlage.**

- 2. Diese Einverleibung verstößt gemäß des internationalen Völkerrechts gegen die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts.**

**Diese Prinzipien sind in den folgenden internationalen Gesetzen und Bestimmungen verankert:**

- **Die 14 Artikeln des Präsidenten Woodrow Wilson ( vom 8. Januar 1918 )**
- **Die §§ 1, 2, 55 der UN - Konvention vom 14. Dez. 1960**
- **UN - Vollversammlung anlässlich der Gewährung von Unabhängigkeit an kolonialisierte Länder und Völker**
- **§ 1 des internationalen Abkommens bezüglich ziviler und politischer Rechte**
- **Das Abkommen bezüglich ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte aus dem Jahr 1966**
- **Die Prinzipien des Internationalen Gesetzes über internationale Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, aus dem Jahr 1970**
- **Sonstige internationale und regionale Dokumente**

- 3. Außerdem haben alle bisherigen irakischen Regierungen ihre nationalen- und internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt:**

- **Die Verpflichtungen, die die aus internationalen Dokumenten und Verträgen hervorgehen, die sich mit den elementaren Grundrechten befassen und von irakischer Regierung unterzeichnet wurden.**
- **Die Verpflichtungen, die den Irak aufgrund der Einverleibung der Provinz Mosul auferlegt wurden, nämlich die Selbstverwaltung der Kurden in dieser Provinz zu gewähren.**
- **Die Verpflichtungen, die aus der Veröffentlichung der irakischen Regierung vom 30. Mai 1932 hervorgehen, auf deren Grundlage dem Irak die Mitgliedschaft im Völkerbund zugestimmt wurde.**

- **Trotz alldem unterdrückte der Irak auf unmenschliche Weise die Bevölkerung Kurdistans und ihre Forderungen bishin zum Einsatz verbotener chemischer Waffen v.a. in den Jahren 1987-1988, insbesondere in der Stadt Halabje, und das Ausüben von Genozid gegenüber der kurdischen Bevölkerung, Beispiele dafür:**

**-Verschwinden von 8000 Barzani-Kurden im Jahr 1983**

**Die als Al - Anfal genannten Vernichtungsoperationen des Jahres 1988, in deren Folgen 182 000 Menschen vernichtet wurden. Tausende sterblichen Überreste dieser Opfer wurden erst nach dem Sturz des Saddam- Regimes in Massengräben gefunden.**

- **Hinzu kommen die Deportationswellen, die Arabisierungsmaßnahmen und die völlige Zerstörung von mehr als 4000 Ortschaften Kurdistans zwischen 1975 und 1991**
  - **weiterhin ethnische Säuberung und Rassendiskriminierung in den Gebieten Kerkuk, Khanaqin, Schangar, Makhmur ... usw.**
5. **Der Aufstand vom März 1991 und die humanitäre Intervention der Alliierten aufgrund der Resolution 688 des Sicherheitsrates erschufen in einem Teil Kurdistans geeignete Voraussetzungen zur Durchführung freier Parlamentswahlen, Gründung einer Regionalregierung, die eine neue Erfahrung in der Selbstverwaltung mit sich brachte, und zur beachtlichen Respektierung und Gewährleistung der elementaren Menschenrechte führte.**

**Die Bevölkerung Kurdistans wollen keinesfalls auf diesen erreichten Defacto - Zustand verzichten und sich mit weniger zufrieden zu geben.**

**Ein freiwilliger Zusammenschluß der Nationen und des sonstigen ethnischen Strukturen im Irak kann nur auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte zur Stabilität, Sicherheit sowie zur Achtung der Menschenrechte führen, und den Demokratisierungsprozeß fördern.**

6. **Nach dem Sturz des irakischen Regimes am 9. April 2003 und die Übertragung der Verwaltung Iraks an die Koalition, gemäß der Resolution 1483 des Sicherheitsrates ist eine günstige Gelegenheit entstanden, damit sowohl die provisorische Zivilverwaltung der Koalition ( CPA ) als auch die internationale Gemeinschaft sind aufgefordert den im Jahr 1925 begangenen historischen Fehler zu korrigieren und ihre internationale Verantwortung wahrzunehmen, und den Weg für die Selbstbestimmung in Kurdistan durch ein umfassendes Referendum zu ebnen, damit der rechtliche Status in Irakisch - Kurdistan bestimmt wird.**

**\*Einige Millionen Unterschriften der Bevölkerung Südkurdistans für ein Referendum, liegen der UNO bereits vor.**

**Referandumskomitee / Deutschland**